

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Hans-Hagen Härtel

Zu den Beschäftigungschancen im
verarbeitenden Gewerbe

19. Jg./1986

1

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Zu den Beschäftigungschancen im verarbeitenden Gewerbe

Hans-Hagen Härtel*)

Bei der Bewertung der IAB/Prognos-Arbeitsmarktprojektionen stellt sich die Frage, ob selbst unter günstigen Annahmen die Anzahl der Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft im Jahre 2000 nur das Niveau des Jahres 1980 erreicht und im verarbeitenden Gewerbe sogar um 1,3 Mio. niedriger sein wird. In diesem Beitrag wird speziell der Frage nachgegangen, ob sich die Beschäftigungschancen nicht nur im Dienstleistungssektor, sondern auch im industriellen Bereich günstiger gestalten könnten.

Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes können im Gegensatz zu den binnenmarktorientierten Unternehmen ihre Beschäftigung auch durch Expansion auf den Auslandsmärkten ausweiten. Für das verarbeitende Gewerbe insgesamt ist diese Möglichkeit jedoch durch Zahlungsbilanzrestriktionen (Entwicklung der Kapitalbilanz sowie der Handelsbilanz mit Agrarprodukten, Rohstoffen und Dienstleistungen) begrenzt. Es ist zu vermuten, daß diese Grenzen künftig enger als in den vergangenen Jahren sein werden und daß dies insbesondere zu Lasten der technologieintensiven Branchen gehen wird. Nach wie vor werden aber – wenn auch abgeschwächt – durch den Außenhandel Arbeitsplätze mit einfacher Qualifikation durch eine geringere Anzahl von hochwertigen Arbeitsplätzen ersetzt.

Im Gegensatz zum außenwirtschaftlich bedingten Strukturwandel ergeben die Bestimmungsfaktoren für den binnenwirtschaftlichen Strukturwandel eher ein günstigeres Bild für das verarbeitende Gewerbe als in der Vergangenheit. Denn einige Tendenzen, die den Dienstleistungssektor gegenüber dem sekundären Sektor begünstigt hatten, werden an Gewicht verlieren. Es darf jedoch nicht vernachlässigt werden, daß die Beschäftigungschancen nicht nur von Strukturveränderungen, sondern auch von der gesamtwirtschaftlichen Dynamik abhängen.

Gliederung

1. Ergebnisse der IAB/Prognos-Arbeitsmarktprojektionen
 - 1.1 Zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
 - 1.2 Zum Wandel der Beschäftigungsstruktur
2. Möglichkeiten und Grenzen der Beschäftigungsexpansion durch Außenhandel
 - 2.1 Begrenzung der Beschäftigungsexpansion durch Handels- und Kapitalbilanz
 - 2.2 Beschäftigungsexpansion in technologieintensiven Branchen?
 - 2.3 Außenhandelsbedingte Änderungen der Qualifikationsanforderungen
3. Beschäftigungschancen für das verarbeitende Gewerbe im binnenwirtschaftlichen Strukturwandel
4. Schlußfolgerung

1. Ergebnisse der IAB/Prognos-Arbeitsmarktprojektionen

Wenn nach dem Bild der Arbeitslandschaft der Zukunft gefragt wird, interessiert erstens, wieviele Arbeitsplätze verfügbar und welche Einkommen zu verdienen sein werden. Zweitens erwartet man von den Prognostikern Auskunft darüber, wo Arbeitsplätze neu entstehen und wo bestehende wegfallen, welche Tätigkeiten an Bedeutung gewinnen und welche an Bedeutung verlieren und ob schließlich in Zukunft eher hochbezahlte Arbeitsplätze für hochqualifizierte

Arbeitskräfte angeboten werden oder eher niedrig bezahlte mit einfacher Tätigkeit.

1.1 Zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Die Szenarien, die das IAB und die Prognos AG für den Arbeitsmarkt bis zum Jahre 2000 skizzieren, versprechen für die erste Frage wenig Gutes.¹⁾ Selbst die optimistische Projektionsvariante muß als pessimistisch gelten. Nach dieser Variante wird die Anzahl der Erwerbstätigen – ungeachtet der demographisch bedingten Zunahme des Arbeitskräfteangebots – bis 1990 nicht über den Stand des Jahres 1985 von 25,5 Mio. hinausgehen und bis zum Jahre 2000 lediglich wieder das Niveau des Jahres 1980 in Höhe von 26,3 Mio. erreichen. Zwar wird bis dahin das Arbeitskräftepotential aus demographischen Gründen wieder abnehmen, doch wird es – folgt man der mittleren Variante des IAB – immer noch weniger ausgelastet sein als im Jahre 1980, als 1,5 Mio. Arbeitskräfte als arbeitslos gemeldet oder in die stille Reserve abgewandert waren.²⁾ Die pessimistische Tendenz der Arbeitsmarktprojektionen kommt auch darin zum Ausdruck, daß in der günstigen Variante gegenüber der Normalvariante mit einem Plus von gut 1 Mio. Arbeitsplätzen, in der ungünstigen Variante dagegen wird mit einem Verlust von gut 2,5 Mio. Arbeitsplätzen gerechnet wird.

Die Prognosevarianten unterscheiden sich vor allem hinsichtlich der grundlegenden Annahmen über die Einstellung der Gesellschaft gegenüber dem Strukturwandel und dem technischen Fortschritt. Das Niveau der Beschäftigung und des Volkseinkommens wird danach um so höher sein, je weniger die internationale Arbeitsteilung und der Welthandel durch Protektionismus gebremst werden und je größer die Handlungsmöglichkeiten und die finanziellen Spielräume sind, die es den Unternehmen erlauben, die für die Anpassung der Produktionsstrukturen und für die Nutzung des technischen Fortschritts erforderlichen Investitionen zu tätigen.³⁾

Der Anstieg der Arbeitsproduktivität, der sich in den siebziger Jahren auf 2,9% pro Jahr gegenüber 4,4% in den sechzi-

*) Dr. Hans-Hagen Härtel ist Leiter der Abteilung Neue Forschungsbereiche und -methoden im HWWA-Institut Hamburg. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors.

¹⁾ v. Rothkirch, G. I. Weidig, Die Zukunft der Arbeitslandschaft, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 94.1, Nürnberg 1985.

²⁾ Klauer, W. u. a., Arbeitsmarktperspektiven der 80er und 90er Jahre, in: MittAB 1/1985, S. 41 ff.

³⁾ v. Rothkirch, G. u. a., a.a.O., S. 21 ff.

ger Jahren verlangsamt hatte, wird sich jedoch selbst nach der optimistischen Variante in den achtziger Jahren nochmals auf 2,3% verringern und in den neunziger Jahren gerade das Tempo der siebziger Jahre wieder erreichen. Nach der unteren Variante wird er in den achtziger und neunziger Jahren dagegen nur 1,8% pro Jahr betragen. Die Spannweiten in der Beschäftigungs- und in der Produktivitätsentwicklung bestimmen auch die Perspektive für die Einkommensentwicklung: Das reale Pro-Kopf-Einkommen des Jahres 2000 wird nach der oberen Variante um gut 50% und in der unteren Variante um 15% höher als im Jahre 1980 sein.⁴⁾

Die Abweichungen der Produktivitäts- und Beschäftigungsentwicklung der oberen und unteren Prognosevariante von der Normalvariante werden nach dem Verdoorn-Ansatz aus den Unterschieden in der Nachfrage- und Produktionsentwicklung abgeleitet.⁵⁾ Dieser Ansatz scheint für die Gesamtwirtschaft anzuzeigen, daß sich eine Anhebung bzw. Senkung der Wachstumsrate der Produktion je zur Hälfte in einer Zunahme bzw. Abnahme der Fortschrittsrate der Arbeitsproduktivität und der Beschäftigung niederschlägt. Dieser Zusammenhang zwischen Produktions-, Produktivitäts- und Beschäftigungsentwicklung wird üblicherweise so interpretiert, daß das Angebot von Arbeitsplätzen von der Expansion der Nachfrage und Produktion begrenzt und durch eine Beschleunigung des Produktivitätsfortschritts vermindert werde. Diese Interpretation beschreibt jedoch nur einen Teil der Wirklichkeit. Es gilt auch die umgekehrte Kausalrichtung, die zudem eher den Grundannahmen der Prognosealternativen entspricht. Aus dieser Sicht schiebt erst die Forcierung des technischen Fortschritts und des Strukturwandels die Grenzen der Nachfrageexpansion hinaus und erhöht damit das Angebot an Arbeitsplätzen. Denn die schnellere Umsetzung des technischen Fortschritts und die Erschließung neuer Märkte und Tätigkeitsfelder steigert das Realeinkommen, erhöht die Attraktivität des Angebots und senkt die Produktionskosten und kann damit eine Mehrnachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern induzieren, die über die Steigerung der Arbeitsproduktivität hinausgeht.

1.2 Zum Wandel der Beschäftigungsstruktur

Die Antwort, die das IAB und die Prognos-AG auf die Frage nach der Struktur der Arbeitsplätze geben, entspricht insoweit den Erwartungen, als sich der Wandel der Beschäftigungsstruktur zu Lasten der warenproduzierenden und zugunsten der dienstleistenden Wirtschaftszweige und Tätigkeiten fortsetzt. Überraschend ist jedoch, daß sich die Prognosevarianten trotz der gravierenden Unterschiede in den grundlegenden Annahmen und trotz der Unterschiede in der Einkommensentwicklung zwar deutlich hinsichtlich der Entwicklung des Beschäftigungsniveaus in allen Sektoren unterscheiden, jedoch nur wenig hinsichtlich der Entwicklung der sektoralen Beschäftigungsstruktur. Der wichtigste Strukturunterschied zwischen den Prognosevarianten betrifft nicht den Trend von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, sondern ist Reflex der Investitionsentwicklung. In der optimistischeren Prognosevariante gehen aufgrund der günstigeren Investitionsbedingungen, insbesondere der niedrigeren Zinsen, weniger Arbeitsplätze im

Investitionsgütergewerbe und insbesondere der Bauwirtschaft verloren, und der Staat sieht sich weniger gezwungen, Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst aus beschäftigungspolitischen Gründen zu erhalten.

Überraschen mag auch das Tempo des erwarteten Wandels der sektoralen Beschäftigungsstruktur. Die Einschätzungen des IAB und der Prognos AG lassen sich am besten anhand der optimistischeren Variante deutlich machen. Weil nach dieser Variante im Jahr 2000 die Summe der Arbeitsplätze mit dem Bestand in den Jahren 1970 und 1980 nahezu übereinstimmt, schlagen sich in der Entwicklung der sektoralen Beschäftigung nur Strukturveränderungen, nicht aber Veränderungen des gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsniveaus nieder. Bemerkenswert ist, daß der erwartete Verlust von 1,3 Mio. Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe von 1980 bis 2000 noch über den Rückgang in den siebziger Jahren hinausgeht (1,1 Mio.), obwohl dieser Rückgang zu einem großen Teil darauf zurückzuführen ist, daß sich der Anpassungsstau auflöste, der sich in den sechziger Jahren infolge der Unterbewertung der D-Mark ergeben hatte. Auffallend ist auch, daß Handel und Verkehr, wo in den siebziger Jahren die Beschäftigung um 150000 Arbeitsplätze erhöht worden war, an der Expansion der Dienstleistungsbereiche nicht mehr teilhaben, sondern fast 400000 Arbeitsplätze verlieren werden. Demgegenüber mag es fraglich erscheinen, daß im übrigen Dienstleistungsbereich – von der Bundespost, den Banken und Versicherungen, den privaten Dienstleistungsunternehmen und freien Berufen bis zum Staat und den privaten Organisationen – bis zum Jahre 2000 mehr Arbeitsplätze (2,1 Mio.) geschaffen werden als in den siebziger Jahren (1,8 Mio.), obwohl sich inzwischen die Expansion im Bildungs- und Gesundheitswesen deutlich abgeflacht hat und obwohl der Staat beabsichtigt, seinen Konsolidierungskurs fortzusetzen, und nach Personaleinsparungen sucht.

Es ist also nicht nur die Frage zu stellen, ob selbst unter den günstigen Annahmen der oberen Prognosevariante das Beschäftigungsniveau tatsächlich nur langsam und bescheiden ansteigen wird, sondern es ist auch zu diskutieren, ob zu dieser gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nur ein Strukturwandel paßt, der für die Industrie einen erheblichen Verlust an Arbeitsplätzen fordert. Die Frage, ob das verarbeitende Gewerbe im Jahr 2000 rd. 2,5 Mio. Arbeitskräfte weniger beschäftigen wird als auf dem Höhepunkt im Jahre 1970 und ob sein Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen von 38% auf 29% zurückgegangen sein wird, ist nicht zuletzt für die Regionalentwicklung bedeutsam, da die Industrie mehr als die meisten anderen Wirtschaftsbereiche regional konzentriert ist und die Regionalpolitik nach wie vor stark an der Ansiedelung und Erhaltung von Industrie-arbeitsplätzen ausgerichtet ist. Bei der Antwort auf diese Frage ist insbesondere zu berücksichtigen, daß das verarbeitende Gewerbe derjenige Wirtschaftsbereich ist, der dem internationalen Wettbewerb am meisten ausgesetzt ist. Vor diesem Hintergrund ist insbesondere zu prüfen, ob das verarbeitende Gewerbe durch Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Auslandskonkurrenz das Angebot an Arbeitsplätzen erweitern und auch einen Beitrag zur Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsniveaus leisten kann.

2. Möglichkeiten und Grenzen der Beschäftigungsexpansion durch Außenhandel

Für einen binnenmarktorientierten Wirtschaftszweig findet der Versuch, die Beschäftigung über Qualitätsverbesserung

⁴⁾ Volkseinkommen je Einwohner, deflationiert mit dem Preisindex der letzten inländischen Verwendung. Die angeführten Ergebnisse der Arbeitsmarktprojektion sind aus dem Anlageband der Studie von v. Rotbkirch, C. u. a. entnommen bzw. berechnet.

⁵⁾ v. Rotbkirch, C. u. a., Anlageband, S. 10, Fußnote 1.

und Verbilligung des Angebots zu erhöhen, seine Grenze zum einen in der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und zum anderen in der Neigung der Käufer, ihre Einkommen für Güter aus anderen Wirtschaftszweigen auszugeben. Die durch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gegebenen Angebotsbeschränkungen können – wie erwähnt – durch Forcierung des technischen Fortschritts und des Strukturwandels hinausgeschoben werden; die Beeinflussung der Präferenzen der Käufer zugunsten der eigenen Produktionspalette ist jedoch nur begrenzt möglich. Die Landwirtschaft etwa wird durch die relative Verbilligung von Nahrungsmitteln, die der Produktivitätsfortschritt ermöglicht, zwar ihren Absatz steigern können, doch sind die Präferenzen der Konsumenten nach zusätzlichen Nahrungsmitteln so gering, daß die Absatzsteigerung hinter der Produktivitätssteigerung zurückbleiben wird. In solchen Branchen können zwar einzelne Unternehmen ihre Beschäftigung durch Marktanteilsgewinne steigern; der Gesamtheit der Unternehmen gelingt dies jedoch nur, wenn sie ihr Absatzsortiment durch neue Produkte mit expandierender Nachfrage ersetzt oder ergänzt.

2.1 Begrenzung der Beschäftigungsexpansion durch Handels- und Kapitalbilanz

Diese Restriktion scheint für jene Branchen nicht zu gelten, die nicht nur auf den Binnenmarkt angewiesen sind, sondern auch auf den Auslandsmärkten verkaufen können. Zwar ist auch die Expansion des Weltmarktes begrenzt, doch befinden sich die nationalen Anbieter im internationalen Wettbewerb in der Situation eines Unternehmens, das seinen Absatz auch durch Marktanteilsgewinne steigern kann. Insbesondere die Branchen des verarbeitenden Gewerbes haben die Möglichkeit, ihre Beschäftigung dadurch auszuweiten, daß sie schneller oder stärker als die ausländischen Konkurrenten ihr Angebot verbessern oder verbilligen. Es ist kein Zufall, daß auch diejenigen, die nicht von den positiven Beschäftigungswirkungen des technischen Fortschritts überzeugt sind, es für notwendig halten, den technischen Fortschritt zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Industrie zu forcieren.

Als Musterbeispiel für eine solche Strategie könnte auf den ersten Blick Japan gelten. Dort ist die Rate der Produktivitätssteigerung im verarbeitenden Gewerbe nicht nur in ihrem Niveau, sondern auch in ihrem Abstand zum gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt höher als in der Bundesrepublik. Gleichwohl hat in Japan die Anzahl der Erwerbstätigen des verarbeitenden Gewerbes zugenommen und ihr Anteil an der – noch kräftiger gestiegenen – Gesamtzahl der Erwerbstätigen ist langsamer als in der Bundesrepublik gesunken.⁶⁾ Der Blick auf die Außenhandelsentwicklung legt allerdings den Schluß nahe, daß diese Diskrepanz weniger außenwirtschaftliche als binnenwirtschaftliche Gründe, z. B. eine stärkere Inlandsnachfrage nach Industriegütern in Japan, hatte. Der Anteil des Exportüberschusses bei Industriegütern am Bruttoinlandsprodukt, der ein Indiz dafür ist, inwieweit das verarbeitende Gewerbe seines Einkom-

mens- und Beschäftigungsmöglichkeiten durch Wettbewerbsvorteile im Außenhandel verbessern konnte, ist in Japan mit rd. 10% nicht höher als in der Bundesrepublik Deutschland und zwischen 1972 und 1982 auch nicht stärker gestiegen (Übersicht 1).

Aus der Theorie des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs ergibt sich, daß dem Versuch der heimischen Anbieter, durch Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Anteile auf den Weltmärkten zu gewinnen und die Beschäftigung zu steigern, aufgrund der Rückwirkungen der Handels- und Kapitalströme Grenzen gesetzt sind. Arbeitsplatzgewinne im internationalen Wettbewerb (nach Abzug der Arbeitsplatzgewinne des Auslandes zu Lasten deutscher Anbieter) setzen steigende Exportüberschüsse voraus, die aber nur eintreten, wenn Inländer Kapital im Ausland anlegen wollen, und zwar zu Bedingungen, zu denen sich Ausländer zu verschulden bereit sind.

Der Spielraum für eine Absatz- und Beschäftigungsexpansion durch Steigerung der Kapitalexporte scheint auf absehbare Zeit jedoch eher kleiner als größer zu werden. Der „natürliche“ Exportüberschuß, den die Industrieländer infolge ihres relativen Kapitalreichtums gegenüber den Entwicklungsländern normalerweise erzielen, ist wegen der übermäßigen Verschuldung dieser Länder in den vergangenen Jahren fraglich geworden. Zweifelhaft ist ebenfalls, ob die Vereinigten Staaten weiterhin bereit sind, über ihre eigenen Ersparnisse hinaus Kapital zu beanspruchen, dessen Schuldendienst nur zum Teil aus Erträgen rentierlicher Investitionen, zum Teil aber aus dem Steueraufkommen bezahlt werden muß.

Der Verzicht auf eine weitere Steigerung oder gar ein Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses bedeutet nicht, daß auf gesamtwirtschaftlicher Ebene Nachfrage und Produktion ausfallen und Arbeitsplätze verlorengehen. Denn der Betrag, der nicht mehr als Kapital exportiert wird, wird stattdessen im Inland investiv oder konsumtiv verwendet werden. Allerdings werden die dafür benötigten Arbeitsplätze nicht im vollen Umfang im verarbeitenden Gewerbe angeboten. Bei investiver Verwendung würde vielmehr ein Teil der Nachfrage an die Bauwirtschaft, bei konsumtiver Verwendung an den Dienstleistungssektor fließen.

Bei gegebener Kapitalbilanz wird der Bedarf an industriellen Arbeitsplätzen auch dadurch reduziert, daß durch Einsparungen und durch relative Verbilligung von Rohstoffen das Defizit in der Rohstoffbilanz abnimmt und daß vermutlich auch das Defizit in der Dienstleistungsbilanz nicht stärker als die gesamtwirtschaftliche Produktion zunimmt. Nicht zuletzt sind in den vergangenen Jahren industrielle Arbeitsplätze verlorengegangen, weil durch den Agrarprotektionismus der Europäischen Gemeinschaft Agrarimporte zurückdrängt und Agrarexporte stimuliert wurden.⁷⁾ Der Strukturwandel, der sich zu Lasten des verarbeitenden Gewerbes vollzieht, kommt also nur zum Teil dem Dienstleistungssektor zugute, zum Teil auch der Landwirtschaft.

Angesichts dieser absehbaren Tendenz in der Kapitalbilanz und in der Handelsbilanz mit Rohstoffen, Agrarprodukten und Dienstleistungen erscheint die Aussicht ungünstig, daß das verarbeitende Gewerbe seine Stellung im Strukturwandel gegenüber den anderen Wirtschaftsbereichen durch den Außenhandel verbessern könnte. Wettbewerbsvorsprünge, die durch Verbesserung oder Verbilligung des Angebots eintreten und zu einer Erhöhung der Exportüberschüsse für Industriegüter führen würden, werden durch eine Aufwertung der D-Mark wettgemacht, welche die preisliche Wett-

⁶⁾ Die Arbeitsproduktivität Japans stieg zwischen 1972 und 1983 im verarbeitenden Gewerbe um 6,9%, in der Gesamtwirtschaft um 4,2%; die Anzahl der Erwerbstätigen nahm im verarbeitenden Gewerbe um 0,3 Mio. und in der Gesamtwirtschaft um 7,3 Mio. zu. Quelle: OECD, National Accounts 1971 bis 1983.

⁷⁾ So ist der Anteil des Handelsdefizits bei Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln am Bruttoinlandsprodukt zwischen 1972 und 1982 von 2,6% auf 1,8% gesunken.

Übersicht 1: Außenhandel und Beschäftigung in technologieintensiven Wirtschaftszweigen

		Bundesrep. Deutschl.	Frank- reich	Groß- britan.	Italien	Nieder- lande	Belgien	Schwe- den	Öster- reich	Schweiz	Japan	USA
<i>Außenhandelsaldo in % des BIP</i>												
Industriegüter ¹⁾	1972	6,85	0,94	3,36	4,77	-1,89	7,18	1,78	-3,60	-0,80	6,67	-0,34
	1982	9,92	0,62	-0,77	6,95	-0,08	4,15	3,91	-0,19	2,65	9,84	-0,37
aus technologie- intensiven												
Branchen	1972	6,84	0,75	3,26	1,45	0,55	-0,95	0,89	-5,32	3,84	4,42	0,46
	1982	8,61	1,03	1,17	0,81	1,83	0,25	2,60	-2,72	5,06	7,58	0,80
Chemie	1972	1,13	0,04	0,51	-0,32	2,18	0,80	-1,39	-1,38	2,16	0,32	0,16
	1982	1,33	0,41	0,70	-0,48	3,04	1,41	-0,96	-0,94	2,26	0,09	0,30
Maschinenbau ²⁾	1972	2,49	-0,27	1,17	0,80	-0,49	-0,69	0,89	-1,12	1,99	0,46	0,38
	1982	2,41	-0,32	0,46	1,54	-0,44	-0,73	1,07	-0,45	2,22	1,43	0,67
Elektrotechnik	1972	0,76	0,08	0,16	0,36	0,07	-0,07	0,14	-0,11	-0,27	1,25	-0,05
	1982	0,81	0,16	-0,10	0,03	0,24	0,15	0,28	0,23	0,36	2,03	-0,11
Fahrzeugbau	1972	2,08	0,97	1,28	0,67	-1,00	-0,60	1,46	-2,41	-2,58	2,10	-0,09
	1982	3,62	0,85	0,05	-0,18	-0,92	-0,20	2,27	-1,26	-2,16	3,58	-0,21
Feinmechanik/ Optik	1972	0,38	-0,07	0,14	-0,06	-0,21	-0,39	-0,21	-0,30	2,54	0,29	0,06
	1982	0,44	-0,07	0,06	-0,10	-0,09	-0,38	-0,06	-0,30	2,38	0,45	0,15
gegenüber:												
Entwicklungs- länder ³⁾	1972	1,90	1,40	1,97	1,41	1,70	1,31	1,54	1,13	3,60	2,22	0,47
	1982	3,08	2,41	2,42	2,20	1,99	2,11	2,74	1,95	4,57	3,77	0,94
Industrie- länder	1972	5,42	0,68	1,58	0,51	-1,33	-1,88	-0,11	-6,14	0,98	2,30	-0,04
	1982	5,49	-1,30	-1,19	-1,44	-0,49	-1,85	-0,13	-4,48	0,50	3,81	-0,34
<i>Anteil an den Er- werbstätigen im verarb. Gewerbe⁴⁾</i>												
Technologieinten- sive Branchen	1972	49,7	45,0	46,2	40,6	42,4	36,3	43,4	31,7	51,3	41,9	42,2
	1982	55,4	49,5	49,3	44,1	49,0	39,0	47,8	36,0	55,2	44,6	45,7
Chemie	1972	7,8	6,9	6,4	8,2	9,8	6,7	4,7	5,8	9,7	4,8	5,6
	1982	8,9	7,7	6,9	8,2	11,1	10,2	5,8	5,9	11,1	4,4	5,4
Maschinenbau ²⁾	1972	15,6	13,1	12,7	8,8	9,8	7,7	15,4	8,3	17,8	12,1	11,7
	1982	16,9	13,7	14,3	9,9	12,4	7,2	15,1	10,9	18,8	12,5	14,4
Elektrotechnik	1972	14,1	9,7	10,6	10,0	13,2	12,4	9,0	9,7	9,5	13,8	10,4
	1982	13,6	11,2	11,7	10,4	14,3	10,7	10,5	11,2	14,4	15,6	11,5
Fahrzeugbau	1972	10,1	13,6	13,9	11,3	8,7	9,0	13,4	6,3	3,0	9,1	11,7
	1982	13,5	15,2	14,6	13,5	9,5	10,2	15,1	6,9	2,6	9,6	10,9
Feinmechanik/ Optik	1972	2,1	1,7	2,6	2,3	0,9	0,5	0,9	1,6	11,3	2,1	2,8
	1982	2,5	1,7	1,8	2,1	1,7	0,7	1,3	1,1	8,3	2,5	3,5

¹⁾ SITC 5 bis 8. - ²⁾ Einschließl. Büromaschinen/ADV - ³⁾ und Staatshandelsländer. - ⁴⁾ ohne Nahrungs- und Genußmittel, Branchenabgrenzung nach ISIC, Österreich, Belgien, Italien, Schweden, Großbritannien, USA: 1981.

Quelle: OECD, UNIDO, HWWA-Welthandelsmatrix.

bewerbsfähigkeit für die heimischen Anbieter so verschlechtert, daß die Absatzgewinne durch Absatzeinbußen an anderer Stelle ausgeglichen werden.

Dies heißt nicht, daß die Anstrengungen der Unternehmen zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit vergeblich sind. Einzelne Branchen können ihren Absatz und ihre Beschäftigung durchaus im Außenhandel steigern, wenn sie stärker als andere Branchen Wettbewerbsvorteile gegenüber ihren Konkurrenten durchsetzen. Die Wechselkursbewegungen korrigieren nur die durchschnittlichen, nicht aber die über- oder unterdurchschnittlichen Änderungen der Wettbewerbsfähigkeit des Außensektors. Noch aus-

geprägter als auf der Ebene der Branchen ist der Zusammenhang zwischen der Wettbewerbsfähigkeit und der Entwicklung von Absatz sowie Beschäftigung auf der Ebene der einzelnen Unternehmen, die die Entscheidungen über Produktionssortiment und Produktionsverfahren treffen.

In der Hauptsache fallen die Erträge von Anstrengungen zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit allerdings auf gesamtwirtschaftlicher Ebene an, indem durch die Produktivitätssteigerungen und durch die aufwertungsbedingte Verbilligung der Importe sich die Realeinkommen erhöhen und die Produktionskosten sinken. Darüber hinaus mindert offensives Verhalten der Unternehmen die Friktio-

nen im Strukturwandel, weil die neuen Arbeitsplätze rascher entstehen, die die unrentablen Arbeitsplätze ersetzen können.

2.2 Beschäftigungsexpansion in technologieintensiven Branchen?

Aus alledem folgt, daß über die Außenwirtschaft weniger Richtung und Tempo des Strukturwandels zwischen dem gesamten verarbeitenden Gewerbe und den übrigen Sektoren berührt wird, sondern in erster Linie der Strukturwandel innerhalb des verarbeitenden Gewerbes. In den Außenhandelsanalysen der Vergangenheit widmete man sich insbesondere dem Strukturwandel, der durch die Arbeitsteilung zwischen hochentwickelten Industrieländern und den Entwicklungsländern hervorgerufen wird. In jüngster Zeit interessieren vor allem die strukturprägenden Einflüsse der Arbeitsteilung zwischen den Industrieländern, wobei vor allem die Rivalität zwischen den USA, Japan und Europa um die technologische Führungsposition im Vordergrund steht. Die Parameter für die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Industrieländern sind jedoch die gleichen, die auch für die Arbeitsteilung zwischen den Industrieländern und Entwicklungsländern ausschlaggebend sind. Wettbewerbsfähig sind insbesondere solche Produktionen, für die hochqualifizierte Arbeitskräfte benötigt werden und bei denen neues Wissen hervorgebracht und angewandt wird. Arbeitsplätze für solche Produktionen sind deshalb attraktiv, weil sie hoch bezahlt werden und weil sie insoweit relativ krisensicher sind, als die Nachfrage nach diesen Produkten überdurchschnittlich steigt. Gefährdet sind diese Arbeitsplätze jedoch insoweit, als sie durch Wettbewerbsnachteile gegenüber den Anbietern aus dem Ausland verlorengehen könnten.

Zu diesen forschungs- und humankapitalintensiven Branchen gehören die chemische Industrie, der Maschinenbau einschließlich Büromaschinen/ADV, die elektrotechnische Industrie, der Fahrzeugbau und die Feinmechanik/Optik. Gerade diese Branchen stellen in der Bundesrepublik Deutschland mehr industrielle Arbeitsplätze zur Verfügung als in den anderen Industrieländern, und der Anteil an den Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe ist auch mit am stärksten gestiegen (Übersicht 1). Der starken Position dieser Branchen in der Bundesrepublik entspricht auch eine Spitzenstellung hinsichtlich des Anteils des Exportüberschusses dieser Branchen am Bruttoinlandsprodukt. Sieht man von den aktuellen Werten ab, die durch den sprunghaften Anstieg des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits verzerrt sind, so ist die Beschäftigung in diesen Branchen durch steigende Exportüberschüsse nur noch partiell gestärkt worden. Sektoral betrachtet beschränkt sich der Anstieg des relativierten Exportüberschusses auf den Fahrzeugbau und regional betrachtet auf den Handel mit Entwicklungs- und Staatshandelsländern. Im Handel mit Industrieländern hat sich insbesondere das Vordringen der Japaner ausgewirkt, wengleich der zusammengefaßte Exportüberschuß in der Bundesrepublik dank der Exporterfolge der Automobilindustrie noch nicht gesunken ist. Die Beschränkung der Absatzaussichten in den Entwicklungs- und Staatshandelsländern durch die Verschuldungskrise sowie mögliche Sättigungserscheinungen in der Automobilnachfrage lassen indes erwarten, daß sich der bisherige Strukturwandel innerhalb

des verarbeitenden Gewerbes zu den technologieintensiven Branchen verlangsamt wird. Dies deckt sich auch mit den Erwartungen des IAB und der Prognos AG, wonach der Anteil dieser Branchen an der Beschäftigung kaum noch zunehmen wird.

2.3 Außenhandelsbedingte Änderungen der Qualifikationsanforderungen

Die Anzahl der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe ist in der Vergangenheit durch die Ausweitung der Exportüberschüsse bei Industriegütern vermehrt und über dem internationalen Durchschnitt gehalten worden. Sieht man von diesem Niveaueffekt ab und betrachtet nur die sektorale Struktur von Exporten und Importen bei ausgeglichenem Industriegüterhandel, so zeigt sich, daß die internationale Arbeitsteilung nicht nur im Handel mit Entwicklungsländern, sondern auch im Handel mit Industrieländern arbeitsparend war. Dies hängt damit zusammen, daß in den Exporten die humankapitalintensiv produzierten Güter stärker als in den Importen vertreten sind, so daß auf den durch Export entstandenen Arbeitsplätzen höhere Durchschnittslöhne gezahlt werden als auf den durch Import verdrängten Arbeitsplätzen. Da bei ausgeglichener Handelsbilanz die im Export erwirtschaftete Einkommenssumme gleich der Einkommenssumme ist, die in den Importsubstitutionsindustrien ausfällt, ist die Anzahl der für den Export benötigten Arbeitsplätze geringer als die Anzahl der durch Importe aufgegebenen Arbeitsplätze. Nach Berechnungen von *Sapir* und *Schumacher* sind die Abweichungen zwischen dem Bedarf an Arbeitsplätzen und insbesondere an weiblichen Arbeitskräften und an Arbeitskräften ohne berufliche Qualifikationen zwischen Exporten und Importen im internationalen Vergleich sogar sehr ausgeprägt.⁸⁾ Die Veränderungen der Export- und Importstruktur haben daran nur insoweit etwas geändert, als die Branchen mit einem hohen Anteil an weiblichen Arbeitskräften gegenüber den Branchen mit einem hohen Anteil an männlichen Arbeitskräften nicht mehr so stark an Boden verlieren.

Für die künftige Entwicklung wird neuerdings gelegentlich die These vertreten, daß es aufgrund der technologischen Entwicklung zu einer Änderung, wenn nicht zu einer Umkehr des Trends in der internationalen Arbeitsteilung zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern kommen könnte. Nach dieser These würde durch die fortschreitende Automatisierung der Anteil der Lohnkosten für einfache Arbeit am Produktionswert so gering werden und der Zwang zur Rationalisierung der Lagerhaltung und zur Flexibilität der Fertigung so stark zunehmen, daß der Wettbewerbsvorteil der niedrigen Lohnkosten in den Entwicklungsländern immer weniger ins Gewicht fällt.⁹⁾ Sollte diese Erwartung zutreffen, so würde dies wegen der erwähnten Grenzen für eine Steigerung der Exportüberschüsse zunächst nur die sektorale Verteilung der Arbeitsplätze tangieren. Das Beschäftigungsniveau im verarbeitenden Gewerbe würde nur insoweit erhöht, als der arbeitsparende Effekt des Außenhandels geringer wird, der durch die erwähnte Relation zwischen den Durchschnittslöhnen in den Exportindustrien und in den Importsubstitutionsindustrien hervorgerufen wird. Diese Relation und damit die Wirkungen des Außenhandels auf das Niveau der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe wird allerdings um so geringer, je stärker das Niveau der Durchschnittslöhne in den Importsubstitutionsindustrien dadurch steigt, daß Arbeitsplätze mit einfacher Qualifikation durch Automatisierung wegfallen.

⁸⁾ Sapir, A., D. Schumacher, The employment impact of shifts in the composition of commodity and services trade, in: employment, growth and structural change, OECD 1985, S. 115 ff.

⁹⁾ Olle, W., Abschied von der neuen internationalen Arbeitsteilung?, epd-Entwicklungspolitik 20/21/85 (Oktober), S. 17 ff.

Betrachtet man die Entwicklung der Struktur der Arbeitsplätze nach der geforderten Qualifikation, gemessen an der Einstufung in Lohn- und Gehaltsgruppen, so zeigt sich, daß der Strukturwandel im verarbeitenden Gewerbe zu Lasten der Arbeitsplätze mit geringen und der Arbeitsplätze mit mittleren Qualifikationsanforderungen zugunsten der Arbeitsplätze mit höheren Anforderungen sich fortgesetzt hat (Übersicht 2). Dabei ist die Anzahl der Arbeitsplätze in den oberen und mittleren Qualifikationsstufen in gleichem Tempo wie bisher gesunken, während sich der Rückgang in den unteren Qualifikationsstufen deutlich verlangsamt hat. Dies gilt insbesondere für die elektrotechnische Industrie sowie für Textil und Bekleidung, wo die Verlagerung von Arbeitsplätzen in die Entwicklungsländer zuvor besonders ausgeprägt war. Dies unterstützt nicht die These, daß in diesen Branchen bereits eine forcierte Automatisierung die importbedingte Schrumpfung gebremst und wenigstens zu einer Stabilisierung bei den qualifizierten Tätigkeiten beigetragen hat.

Übersicht 2: Veränderung der Qualifikationsstruktur in der verarbeitenden Industrie

	Durchschnittl. jährl. Veränderung in %		Anteile in %		
	1973/80	1977/84	1960	1973	1984
<i>Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie</i>					
Einfache Qualifikation ¹⁾	-4,6	-3,2	21	17	13
Mittlere Qualifikation ²⁾	-2,7	-2,6	39	35	31
Höhere Qualifikation ³⁾	-0,4	-0,6	40	48	56
<i>Elektrotechnische Industrie</i>					
Einfache Qualifikation ¹⁾	-4,3	-2,7	27	25	19
Mittlere Qualifikation ²⁾	-4,1	-3,1	37	30	24
Höhere Qualifikation ³⁾	0,2	0,1	36	45	57
<i>Textilgewerbe</i>					
Einfache Qualifikation ¹⁾	-6,2	-2,6	21	15	16
Mittlere Qualifikation ²⁾	-4,8	-5,8	51	51	47
Höhere Qualifikation ³⁾	-4,2	-4,1	28	34	36
<i>Bekleidungsgewerbe</i>					
Einfache Qualifikation ¹⁾	-6,3	-2,1	13	15	16
Mittlere Qualifikation ²⁾	-4,3	-5,5	65	56	55
Höhere Qualifikation ³⁾	-6,0	-4,1	22	29	29

¹⁾ Ungelernte Arbeiter und Angestellte mit einfacher Tätigkeit, für die keine Berufsausbildung benötigt wird; ²⁾ Angelernte Arbeiter und Angestellte mit einfacher Tätigkeit, für die eine berufliche Ausbildung oder berufliche Erfahrung benötigt wird; ³⁾ Facharbeiter und qualifizierte Angestellte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

3. Beschäftigungschancen für das verarbeitende Gewerbe im binnenwirtschaftlichen Strukturwandel

Wenn die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit kaum nennenswerte Beschäftigungseffekte für das verarbeitende Gewerbe insgesamt auslöst, sondern in erster Linie gesamtwirtschaftlich den Spielraum für Realeinkommensteigerungen und für Kostensenkungen erweitert, dann entscheiden vor allem binnenwirtschaftliche Ursachen über

den Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Beschäftigung. Für Richtung und Tempo des Strukturwandels von der Industrie zu den Dienstleistungssektoren waren in der Vergangenheit vier Bestimmungsfaktoren ausschlaggebend:¹⁰⁾

- Die privaten Haushalte gaben einen größeren Teil ihres Einkommens für Dienstleistungen statt für Waren aus.
- Der Staat schöpfte durch Steuern und Sozialabgaben Kaufkraft von den Privaten ab und verwendete sie in stärkerem Maße zur Bereitstellung staatlicher Dienstleistungen als es dem Dienstleistungsanteil in den Budgets der privaten Haushalte entspricht.
- Der überdurchschnittliche Produktivitätsanstieg in der Warenproduktion setzte Arbeitskräfte für die Dienstleistungsproduktion frei, da die privaten Haushalte die Einsparungen aufgrund der relativen Verbilligung nicht voll für Waren, sondern zum Teil für Dienstleistungen verwendeten.
- Die Struktur der für die Herstellung und Verteilung von Waren benötigten Tätigkeiten veränderte sich zu Lasten von produzierenden und zugunsten von dienstleistenden Aktivitäten, für die sich in zunehmendem Maße der Fremdbezug von Dienstleistungsunternehmen statt der Beschäftigung von eigenem Personal als zweckmäßig erwies.

Die Veränderungen der Struktur in den Haushaltsbudgets der Konsumenten war bislang nicht von großer Bedeutung für den sektoralen Strukturwandel. Dies hängt zum einen damit zusammen, daß die Anbieter von Industriegütern es verstanden, durch Entwicklung neuer und besserer Produkte die Sättigungsgrenzen hinauszuschieben. Zum anderen wird im Dienstleistungssektor mögliches Angebot blockiert, für das zwar eine latente Nachfrage vorhanden ist, das aber infolge von Marktzugangsbeschränkungen, infolge von Auflagen oder infolge der Belastung der Markteinkommen mit fiskalischen Abgaben über den Markt zu teuer angeboten wird. Davon werden insbesondere Produktionen beeinträchtigt, bei denen die Möglichkeiten, Produktivitätsfortschritte durch Kapitalintensivierung zu erzielen, so gering sind, daß die Produktivitätsvorteile der Arbeitsteilung nicht die durch staatliche oder tarifvertragliche Regelungen gesetzten Hindernisse überspringen. Die Verminderung dieser Kosten würde insbesondere für persönliche Dienstleistungen Chancen der marktmäßigen Produktion und Verteilung öffnen. Eine solche Ausweitung von Dienstleistungsarbeitsplätzen würde nicht zu Lasten des verarbeitenden Gewerbes gehen, zumal die bestehenden Hindernisse auch dort Arbeitsplätze kosten, z. B. für Reparaturleistungen. Als Alternative zu der Strategie, mit der durch Deregulierung, Senkung der Abgabenlast und Lohndifferenzierung mehr Arbeitsplätze mit niedriger Produktivität rentabel gemacht werden sollen, wird die Subventionierung oder Bereitstellung durch den Staat vorgeschlagen.¹¹⁾ Diese Alternative ginge jedoch zum Teil zu Lasten anderer Bereiche, da die zur Finanzierung der Subventionen notwendige Erhöhung der Abgabenlast dort Arbeitsplätze unrentabel macht oder Nachfrage entzieht.

Die Abschöpfung von Kaufkraft und die Aufnahme von Krediten zur Finanzierung des staatlichen Dienstleistungsangebots war in der Vergangenheit von großer Bedeutung für die Expansion des Dienstleistungssektors. Für die Zukunft ist davon auszugehen, daß der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt, wenn nicht gesenkt wird,

¹⁰⁾ Härtel, H. H. u. a., Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft – Strukturbericht 1983, Hamburg 1984, S. 49 ff.

¹¹⁾ Scharpf, W., Zwischen zwei Welten, in: Wirtschaftswoche 39. Jg., Heft 20, S. 150 ff.

so doch nicht weiter steigt. Wenn zugleich auch der Anteil der Personalausgaben an den staatlichen Ausgaben stabilisiert werden soll, so kann der Anteil des öffentlichen Dienstes an der gesamten Beschäftigung nur steigen, wenn dort die Einkommen je Beschäftigten unterdurchschnittlich zunehmen. Die in den Arbeitsmarktprojektionen erwartete Zunahme um jährlich 30 000-40 000 Beschäftigte beim Staat bedeutet zwar schon eine erhebliche Verlangsamung gegenüber der jährlichen Zunahme um 90000 zwischen 1960 und 1980, doch erscheint sie nur realistisch, wenn davon ein großer Teil auf Teilzeitarbeitsplätze entfällt.

Der dritte Bestimmungsfaktor für die Expansion des Dienstleistungssektors zu Lasten der Warenproduktion, nämlich Unterschiede in der sektoralen Produktivitätsentwicklung, wird in Zukunft ebenfalls nicht mehr wirksam sein. Schon in den siebziger Jahren haben sich die Produktivitätssteigerungsraten im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor (ohne Staat und Wohnungsvermietung) angenähert und werden sich nach den Erwartungen des IAB und der Prognos AG in Zukunft kaum noch unterscheiden.

Die wichtigste Quelle für den Wandel der Beschäftigungsstruktur dürfte daher wie schon in den letzten Jahren der Einfluß des technischen und organisatorischen Fortschritts auf die Tätigkeiten sein, die direkt und indirekt zur Herstellung von Waren benötigt werden. Dieser Einfluß wird in Zukunft zwar nicht nur Arbeitsplätze in der Fertigung, sondern auch in den Büros einsparen, doch werden gleichzeitig Arbeitsplätze mit dienstleistender Funktion nicht nur relativ, sondern auch absolut an Bedeutung gewinnen. Inwieweit diese Arbeitsplätze innerhalb und außerhalb des produzierenden Gewerbes entstehen, ist im wesentlichen eine Rentabilitätsfrage. Die Risikominderung durch Inanspruchnahme von Versicherungen, die Beteiligung von Ban-

ken am Zahlungsverkehr und an der Finanzierung der Unternehmen, die Beanspruchung der Leistungen von Rechtsanwälten, Wirtschaftsberatern, Laboreinrichtungen, Kommunikationssystemen oder des Reinigungsgewerbes stehen im Prinzip in Konkurrenz zur Eigenproduktion mit eigenem Personal. Zum Fremdbezug entscheiden sich die Unternehmen, wenn es für sie billiger ist. Eine solche, von den Unternehmen induzierte Verlagerung von Arbeitsplätzen außerhalb des verarbeitenden Gewerbes ist ebenso wie die Anstrengungen zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Teil des Strukturwandels, der über die Produktivität die Realeinkommen der Gesamtwirtschaft erhöht.

4. Schlußfolgerung

Während die Abschätzung der außenwirtschaftlichen Tendenzen eher dafür spricht, daß der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtbeschäftigung etwas stärker als in der Vergangenheit abnimmt, lassen die binnenwirtschaftlichen Einflußfaktoren eher erwarten, daß sich der Strukturwandel vom verarbeitenden Gewerbe zum Dienstleistungssektor abschwächt.

Für die Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe und für die Kommunen, in denen Industrieunternehmen angesiedelt sind, ist aber weniger von Bedeutung, ob der Anteil an der Gesamtbeschäftigung abnimmt, sondern vor allem die Frage, ob ein absoluter Abbau von Arbeitsplätzen stattfindet, der zu vorübergehender oder dauerhafter Arbeitslosigkeit führt. Hierfür ist nicht so sehr das Ausmaß des Strukturwandels als vielmehr die Höhe der wirtschaftlichen Dynamik entscheidend, die über die Anzahl der Arbeitsplätze in der Gesamtwirtschaft und auch in den Wirtschaftszweigen bestimmt.